

Presseinformation

Nr. 416/2011

Kiel, Mittwoch, 24. August 2011



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Wolfgang Kubicki: Das Thema eignet sich nicht zum Wahlkampf, Herr Dr. Stegner!

In seiner Rede zu **Top 32** (Keine weitere Verschärfung der dänischen Grenzkontrollen) sagte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Kern liberaler Europapolitik war es immer, deutsche und europäische Interessen in Einklang zu bringen. Es waren insbesondere Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl, die es verstanden, dass Deutschland nicht gegen sondern nur mit Europa gewinnen kann.“ Für die FDP sei Europa identitätsstiftend und die europäische Integration unumstößlich mit dem Frieden in Europa verbunden. Seit Jahrzehnten werde sich beiderseits der Grenze für ein Zusammenwachsen der Grenzregion eingesetzt. Mit der Entscheidung gegen offene Grenzübergänge würden all diese Bemühungen auf einen Schlag konterkariert, erklärt Kubicki.

„Man darf allerdings, bei allem Unmut über die Entscheidung des Folketings, nicht zwei verschiedene Entscheidungen miteinander vermengen: zum einen die geplanten permanenten Kontrollen von dänischer Seite aus, zum anderen das Anliegen Dänemarks aus dem Jahr 2008, eine Verkehrsanlage an der A7 am Grenzübergang zu errichten.“ Nun fordere die SPD in ihrem Antrag die Landesregierung auf, die bereits erteilte Genehmigung für Ampelanlagen am Autobahngrenzübergang Ellund/Fröslev zurückzunehmen. Davor könne die FDP nur warnen, denn es widerspreche dem liberalen Verständnis davon, wie man mit Nachbarn und Freunden umgehen solle. Weder dem damaligen schleswig-holsteinischen Innenminister, Ralf Stegner, noch seinem Parteifreund Wolfgang Tiefensee, dem damaligen Bundesverkehrsminister, sei zum Zeitpunkt des Antrages der Gedanke gekommen, dass die für zeitlich begrenzte Zollkontrollen vorgesehenen Anlagen, nicht schengenkonform wären, so Kubicki.

„Es wäre ein fataler Affront gegen Dänemark, wenn wir ohne einen direkten Nachweis der Vertragsbrüchigkeit, die Vereinbarung über die Bundesregierung aufkündigen würden. Es hat schon seinen Sinn, dass man bei Abschluss von Verträgen dem Vertragspartner vertraut und erst dann von einem Vertrag zurücktritt, wenn beispielsweise die Grundlage nicht mehr gegeben ist. Dieses Thema eignet sich nicht zum Wahlkampf, Herr Dr. Stegner“, so Kubicki abschließend.